

A n t r a g

der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 16/519 –

Landeshaushaltsgesetz 2012/2013 (LHG 2012/2013)

„Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ – Gleichstellung von Schwulen, Lesben, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen voranbringen

Der Landtag stellt fest:

Rheinland-Pfalz ist ein offenes Land, in dem Akzeptanz gegenüber unterschiedlichen Lebensformen gelebt wird. Allerdings müssen homosexuelle Menschen am Arbeitsplatz und im täglichen Leben Diskriminierungen hinnehmen und das Coming-out stellt für viele Jugendliche und Erwachsene noch immer ein existenzielles Problem dar.

Gemäß den Vorgaben des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, das Benachteiligungen wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität verbietet, hat sich auch die Landesregierung zur Aufgabe gemacht, jedwede Form der Diskriminierung zu bekämpfen. Dabei wurden bereits einige Erfolge erzielt, beispielsweise bei der Gleichstellung von Frau und Mann. Im Bereich der sexuellen Identität sind weitere Maßnahmen möglich und notwendig.

Nachdem in Rheinland-Pfalz im Jahr 2009 mit dem „Landesgesetz zur Einrichtung der Lebenspartnerschaften in Rechtsvorschriften des Landes“ Lebenspartnerschaften im gesamten Landesrecht gleichgestellt wurden, geht es nun darum, Homophobie gezielt entgegenzutreten und für mehr Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen in der Gesellschaft zu werben.

Unter der Überschrift „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ hat die Landesregierung Rheinland-Pfalz im Koalitionsvertrag 2011 bis 2016 daher einen Schwerpunkt zur Gleichstellung von Schwulen, Lesben, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen festgeschrieben. Geplant sind vielfältige Aktivitäten und Maßnahmen in allen gesellschaftlichen Bereichen, um Diskriminierung wegen der sexuellen Identität aktiv zu bekämpfen und die Akzeptanz sexueller Vielfalt durch Informations-, Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit und konkrete Projekte und Maßnahmen in allen gesellschaftlichen Handlungsfeldern zu fördern.

Die im Koalitionsvertrag festgeschriebene rückwirkende Gleichstellung von Beamten in eingetragenen Lebenspartnerschaften und verheirateten Beamten zum 1. August 2001 wurde bereits mit dem „Ersten Dienstrechtsänderungsgesetz zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung“ zum 1. Januar 2012 umgesetzt.

Im Januar 2012 hat die Stelle für Antidiskriminierung und Vielfalt ihre Arbeit aufgenommen. Sie koordiniert die Antidiskriminierungsarbeit innerhalb der Landes-

b. w.

regierung und ist Ansprechpartnerin für die Nichtregierungsorganisationen im Antidiskriminierungsbereich.

Das Projekt „Aufbau regionaler und landesweiter Strukturen zur Sensibilisierung für Vielfalt von Familien“ zielt auf eine breit angelegte gesellschaftliche Sensibilisierung für die Belange von Regenbogenfamilien und gleichgeschlechtlichen Lebensweisen ab. Es will dazu beitragen, ein gesellschaftliches Klima ohne Ausgrenzung und Diskriminierung in Rheinland-Pfalz zu verwirklichen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. einen Aktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ ressortübergreifend zu erstellen, sodass ein fortlaufender Prozess mit Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz sexueller Vielfalt ermöglicht wird;
2. die wichtige Arbeit zur Förderung der Akzeptanz sexueller Vielfalt auch in 2012 und 2013 stärker zu unterstützen;
3. die Arbeit der Stelle für Antidiskriminierung und Vielfalt in der Familienabteilung des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen (MIFKJF) weiter aktiv zu unterstützen.

Für die Fraktion
der SPD:
Barbara Schleicher-Rothmund

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nils Wiechmann